

Leserbrief zum Artikel in der MAZ vom 18.10.2013 „Grünes Licht für Marina am Kanal“

Offensichtlich hat sich in Teltow noch nicht herumgesprochen, dass Großprojekte immer teurer werden, als den Bürgern zu Beginn eingeredet wird. Erst kürzlich hat der Bund der Steuerzahler wieder, wie schon so oft darauf hingewiesen. Die so vehement vorangetriebene „Marina Teltow“ gehört für Teltower Verhältnisse in die Kategorie „Großprojekte“. Absichtlich „kostenniedrig“ angesetzt. den Entscheidungsgremien und den Bürgern muss es ja schmackhaft gemacht werden.

Im Übrigen kann bei im Raum herumgeisternden 6 Millionen von kostengünstig nun wahrlich nicht die Rede sein. Es gibt keine verlässlichen Aussagen des Bürgermeisters dazu und es ist schon verwunderlich, wie leichtfertig die Teltower Stadtverordneten mit Steuergeldern um sich schmeißen. Niemand weiß, ob der schwierige Baugrund des ehemaligen Teltower Sees bei der Bausumme berücksichtigt wurde. Beim Unterbau der Oderstraße war dieser ein großer und kostenintensiver Faktor. Über die Kosten der Fußgängerbrücke wird beharrlich geschwiegen. 39 Liegeplätze stehen in keinem Verhältnis dazu. Die Einnahmen davon decken in Hundert Jahren nicht die Investitionskosten. Abgesehen davon, wer bekommt eigentlich die Einnahmen? Es sind noch viel zu viele Fragen ungeklärt.

Auch die Frage, wie die Forderung des Fördermittelgebers, das Landes Brandenburg, zu verstehen ist, dass die Stadt Teltow sich verpflichten muss, „...eventuelle finanzielle Defizite, die sich aus dem Betrieb des Hafens ergeben könnten, ausgleicht....“. Das wurde im Übrigen schon im Juni ganz brav beschlossen.

Das sieht ganz nach einem Fass ohne Boden aus.

Heißt das, Gewinne werden privatisiert und Verluste der Solidargemeinschaft aufgebürdet?

Das kommt uns doch sehr bekannt vor!

Welches Klientel bedient eigentlich eine SPD geführte Stadt?

Interessant wäre doch auch einmal ein Blick hinter die Kulissen. Da stellen sich Fragen. Wer sind die Eigentümer der Flächen? Wer wird der Betreiber des Hafens? Wer kommt zukünftig für den Unterhalt, eventuelle Reparaturen und weitere Folgekosten auf?

Der städtebauliche Vertrag ist geheim – warum eigentlich? Es muss doch den Bürgern gesagt werden, welche Leistungen und Gegenleistungen vereinbart werden. Es gibt keinen Grund dies zu verheimlichen, oder doch?

Bedenken zu fehlender Bürgerbeteiligung werden einfach vom Tisch gefegt. Die Bemerkung, ein jeder Bürger hätte die Möglichkeit die Planungsunterlagen bei der Auslegung einzusehen, ist einfach zynisch und zeugt von keinem Gespür, die Bürger bei solchen wichtigen Entscheidungen mitzunehmen und einzubeziehen. Demokratie geht anders!

Hoffentlich überdenken die Verantwortlichen das Ganze, einschließlich der Vorgehensweise, noch einmal gründlich.

Rolf Kasdorf ; Bürger-Initiative-Teltow E:V. (Tel.: 03328-473472)